

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Richterbach & Bernward-Richter, Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Vertriebsstellen: Montag bis Freitag von 12 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich eingesandten Manuskripten ist kein Recht vorbehalten.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 BRZ. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 BRZ. für Abholer monatlich 0,45 BRZ. Belegpreis 2,10 BRZ. durch Postboten kostenfrei 2,50 BRZ. bei direkter Entsendung an den Verlag 2,40 BRZ. — Einzelpreis 13 Pf. im Einzel- und 80 Pf. im Heftamerik der Zeitungen. Druckverlag: Dr. Richterbach & Bernward 246/5, 246/7, 246/8. Postfach 20319 Erfurt.

Der neue Preußen-Landtag

Keine Mehrheit der Rechten

Die Verteilung der Mandate im neuen Landtag ergibt das folgende Bild:

Sozialdemokraten	93	Nationalsozialisten	162
Zentrum	67	Deutschnationale	31
Staatspartei	2	Volkspartei	7
Kommunisten	57	Christlich-Soziale	2
	219	Hannoveraner	1

203

Die Mehrheit von 422 Abgeordneten ist 212. Eine Mehrheitsbildung ist theoretisch nur möglich, wenn das Zentrum eine Koalition mit den Nationalsozialisten eingehen würde.

Die Listenverteilung der Mandate

Die Verteilung der zum Preussischen Landtag neuergewählten Abgeordneten auf die einzelnen Listen ist folgende: Gesamtzahl der Abgeordneten: 422.

- a) Direkt gewählt: 350.
- b) Durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden gewählt: 31.
- c) Nach der Landesliste gewählt: 41.

Die Verteilung auf die einzelnen Parteien ist folgende:

	a) direkt	b) Verbin- dungen	c) nach Landesliste	zusammen
Sozialdemokraten	82	6	5	93
Deutschnationale	19	4	8	31
Zentrum	58	7	2	67
Kommunisten	45	7	5	57
Deutsche Volkspartei	—	4	3	7
Staatspartei	—	1	1	2
Nationalsozialisten	149	1	13	162
Deutsches Hannoveran	—	—	—	1
Christlich-Sozial	—	1	1	2

Alle übrigen Parteien haben weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

Das amtliche Ergebnis

Das vorläufige amtliche Endergebnis für die Wahl zum Preussischen Landtag lautet wie folgt:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	4 674 943	93
Deutschnationale Volkspartei	1 524 931	31
Preussische Zentrumspartei	3 374 413	67
Kommunistische Partei Deutschlands	2 619 602	57
Deutsche Volkspartei	330 807	7
Volkspartei	44 119	1
Wahlvereinspartei	191 032	—
Deutsches Landvolk	153 562	—
Junge Rechte	13 942	—
Deutsche Staatspartei	332 441	2
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	8 008 219	162
Deutsches Hannoverische Volk	63 803	1
Christlich-Sozialer Volksdienst	255 008	2
Sozialistische Arbeiterpartei	80 437	—
Radikaler Mittelstand	9 949	—
Nationale Sammlung	6 515	—
Interessengemeinschaft der Kleinrentner usw.	25 518	—
Polnische Volkspartei	57 731	—
Nationale Beamte, Angestellte u. freie Berufe	3 885	—
Haus- und Landwirtepartei	67 405	—
Großdeutsche Liste Sozialist.	1 570	—
Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei	11 592	—
Preussisch-Litauische Volkspartei	263	—
Selbständige Heimat	3 361	—
Partei der Erwerbslosen	3 461	—
Deutsche Einheitspartei	1 329	—

Es sind insgesamt 22 069 849 gültige Stimmen abgegeben worden. — Die Wahlbeteiligung betrug 81 Proz.

Das Ergebnis von Anhalt

Dejau, 25. April. (Eigenbericht)

Der bisherige Landtag hatte zwar auch nur eine Minderheit von 15 Sozialdemokraten und 2 Demokraten für die Regierung, aber die Rechtsopposition mit 16 Mandaten und die Kommunisten mit 3 Mandaten veranlaßten die Regierung nicht durch eine andere zu ersetzen. Im neuen Landtag stellt sich die Mandatsverteilung so dar, daß die Rechtspartei allein 20 Mandate haben, denen die Opposition von 12 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten und einem Demokraten gegenübersteht, so daß mit der Bildung einer Rechtsregierung in Anhalt zu rechnen ist.

Was nun? / Die Entscheidung liegt beim Zentrum Möglichkeiten in Preußen Ist die Zeit der erbärmlichen Lügen der NSDAP. vorüber?

Die Dinge in Deutschland sind nach dem Wahlsieg am 24. April noch verworrener als zuvor. Es ist zwar eine Vereinbarung im Parteienrat eingeleitet; denn aus der Mehrheit politischer Parteien und der Zahl der Stimmen, die dem preussischen Stimmzettel eine geradezu phantastische Länge verliehen haben, haben sich lediglich fünf große Parteien herausgehoben, die als politische Machtfaktoren in Betracht kommen: Sozialdemokratie, Nationalsozialisten, Zentrum, Kommunisten und Deutschnationale.

Die Position der Sozialdemokratie und ihre Stärke hat eine grundlegende Änderung nicht erfahren, wenn auch aus durchsichtigen Gründen die Presse der Rechten mit lauten Geschrei die Behauptung aufstellt, daß die Sozialdemokratische Partei ein Viertel ihres Bestandes verloren habe. Diese Behauptung ist nur möglich mit Hilfe eines feinen Zählspieltricks, indem man die Änderung der Wahlquoten von 40 000 auf 50 000 in Preußen unberücksichtigt läßt. In Wahrheit hat die Sozialdemokratie in Preußen gegenüber der letzten Reichstagswahl nur etwa 6,7 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt, während beispielsweise die Kommunisten 10 Proz. verloren haben, von den Deutschnationalen und der bürgerlichen Mitte gar nicht zu reden! Daß der Zählspieltrick verfehlt wird, zeigt, wie sehr man auf der rechten Seite enttäuscht ist darüber, daß die Sozialdemokratische Partei dem Ansturm standgehalten hat.

Wenn aber auch das Parteienrat einsehbar geworden ist, so sind doch die Regierungsverhältnisse um so komplizierter geworden. Die Position der Regierung im Reich war durch den Bestand der bisherigen preussischen Regierung unermutet. Diese Grundlage ist jetzt nicht mehr vorhanden, vielmehr sind in Preußen ähnliche Verhältnisse wie in Sachsen und Hessen eingetreten, nur mit dem Unterschied, daß die Lage in Preußen viel ernstlicher ist, da Preußen eben drei Fünftel des Reiches darstellt.

Man muß deshalb die Dinge in Preußen, wie sie sich nach der Wahl gestaltet haben, nächsten ins Auge fassen. Von 422 Mandaten hat die Rechte 203, davon belegen die Nationalsozialisten allein 162. Die bisherige Regierungskoalition hat 162 Mandate, die Kommunisten haben 57 Mandate. Gegen eine Regierungsbildung der Rechten allein können 219 Mandate. Daraus ergibt sich, daß eine Regierung der Rechten allein nicht möglich ist — es müßte denn sein, daß die Kommunisten ihre Rechtegegnung ermöglichen wollten, was nicht anzunehmen ist angesichts der Betroffenheit, die sich im kommunikativen Lager über den Wahlausgang zeigt. Eine parlamentarische Regierung der bisherigen Koalition ist ebenfalls nicht möglich, sie ist weit in die Minderheit verkehrt worden.

Es bleibt zunächst der Ausweg, daß angesichts der Unmöglichkeit, im neuen Landtag eine Mehrheit für einen Ministerpräsidenten zusammenzubekommen, die bisherige Regierung nach dem Beispiel der Regierungen von Sachsen und Hessen die Geschäfte

welterfüllt, vielleicht gestützt vom Reich her. Demgegenüber kündigte die Rechte heute schon vorläufige Anträge auf Auflösung des Landtags an, wobei sie damit rechnet, daß sie für solche Anträge die Unterstützung der Kommunisten finden könnte.

Eine weitere Eventualität ist, daß die Rechte versucht, im Landtag mit ihrer relativen Mehrheit einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu wählen. Zu diesem Zweck müßte vorher die Änderung der Geschäftsordnung rückgängig gemacht werden, die die absolute Mehrheit für die Wahl des Ministerpräsidenten vorschreibt. Diese Rückgängigmachung wäre nur möglich mit Hilfe der Kommunisten. Es müßten dann also die Kommunisten gemeinsam mit der Rechten die Möglichkeit zur Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten schaffen, um dann hinterher gemeinsam mit der Linken ihn sofort zu stürzen mit dem Effekt, daß die Rechtsregierung als geschäftsführende Regierung bliebe.

Schlüssig besteht die Möglichkeit, daß das Zentrum sich zu einer Koalition mit den Nationalsozialisten entschließt. Beide Parteien haben mit 229 Mandaten eine absolute Mehrheit. Die Lage in Preußen ist ähnlich wie in Hessen nach der letzten Landtagswahl. Damals hat das Zentrum seine Koalitionsbereitschaft erklärt, nach längerem Verhandlungsversuchen hat sich die Unmöglichkeit einer solchen Koalition herausgestellt. Sowohl von nationalsozialistischer Seite wie auch vom Zentrum sind am Montag, wenn auch zunächst noch unverbindliche Erklärungen abgegeben worden, die die Bahn zu solchen Verhandlungen freimachen sollen.

Dabei weiß das Zentrum sehr wohl auf gewisse Voraussetzungen hin. Es wird erklärt, daß das Zentrum sich als Garant einer ordnungsmäßigen Ordnung in Preußen betrachte, und daß es erwarten könne, daß die Nationalsozialisten ihre Bereitschaft offiziell erklären würden, mit an der Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen zu arbeiten.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Sozialdemokratie in Preußen in die Opposition tritt, während Zentrum und Nationalsozialisten gemeinsam eine Regierung bilden, auch die Dinge in Reich nicht unberührt bleiben können. Schon jetzt stellt die nationalsozialistische Presse die Frage an den Reichstagsler, ob er glaube, daß er beim Zusammentritt des Reichstags Anfang Mai noch eine Mehrheit hinter sich haben würde.

Das preussische Kabinett tritt am Dienstag zu einer Besprechung der nach den Wahlen geschaffenen Lage zusammen. Es ist wohl möglich, daß man sich nicht nur die Möglichkeiten eines Regierungswechsels in Preußen vor Augen hält, sondern namentlich auch die wichtigsten außenpolitischen Verhandlungen und neue Erörterungen der finanziellen Situation in Reich Ländern und Gemeinden in Gang kommen werden. Denn nach den Wahlen ist die Zeit der Besprechungen ins Blaue hinein und der Erweudungen von Illusionen vorüber, und der Ernst des Lebens beginnt auch für die Parteien, die bisher in gewissenloser und unverantwortlicher Agitation den Wählern blauen Dunst vorgezeichnet haben!

Das Zentrum zurückhaltend

Die politischen Konsequenzen der Wahl noch nicht zu übersehen

Die politischen Konsequenzen, die sich schließlich aus dem Ausgang der Wahlen in Anhalt ergeben werden, sind bisher noch nicht zu übersehen. Das Zentrum, bei dem der Schlüssel zur Lage liegt, hält sich vorerst offiziell noch zurück. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß es zwischen Zentrum und Nationalsozialisten unter Ausschaltung der Deutschnationalen schon demnächst zu Verhandlungen kommt. Wahrscheinlich werden das Zentrum vertreten allen Größten die Auffassung, daß nach dem Ergebnis der Wahlverhältnisse unbedingt das Experiment einer Regierung mit den Nationalsozialisten gemacht werden soll.

Was die Presse sagt

Die "Germania" sagt zu der Preußenwahl: „Die Nationalsozialisten wollen bestmöglichst für sich allein die Macht in Preußen erobern. Ergebnis: An diesem Ziele steht ihnen die runde Summe von fünfzig Mandaten. Hier Hugenberg seinerseits gab sich der lauten Hoffnung hin, daß die nationalsozialistische Waffe in Verbindung mit den deutschnationalen Stimmen zum Erwerb der Macht stark genug sein werde. Ergebnis: Auch in dieser Rechnung fehlen rund zwanzig Mandate. Wieder andere, voran die "Deutsche Allgemeine Zeitung", verbinden das Ziel, daß die Parteien rechts des Zentrums insgesamt die Mehrheit gewinnen müßten. Ergebnis: Selbst diese verheißungsvolle Erwartung

der Opposition bleibt mit einem Rückstand von ein bis zwei Mandaten unerfüllt. Der von der Rechten angebotene und äußerlich ermartete Erfolg wurde also in seiner Form erreicht. Die Ausgestaltung des Zentrums, auf die es ihr vor allem an dem, ist nicht gelungen. Das Zentrum hat den gewöhnlichen Kampf nicht nur unerfüllt überstanden, sondern seinen produktiven Beitrag trotz der durch die Erhöhung des Wahlquoten bedingten feinen Mandatsverlustes voll bestritten. Es ist auch in dem neuen Landtag ein Wachstumsfaktor, der in alle politischen Beziehungen als mächtige Größe eingeleitet werden muß. Der große Sturmangriff, der die Opposition in den ausführenden Besitz der preussischen Staatsmacht bringen sollte, ist also für unüberwindlich abgeklungen, wenn er diesem Ziele auch näher kam, als allgemein ermartet wurde. Das ist das wichtigste Ergebnis der Entscheidung... Die Zentrumspartei, der die Wahl eine erhöhte Verantwortung und eine in ihrer Bedeutung gesteigerte Funktion zugewiesen hat, wird auch in dem neuen Landtag der sichere Garant einer sachlichen, ordentlichen und verfassungsmäßigen Staatsführung sein. Sie wurde sich selbst aufgeben und den Staat auf das höchste gefährden, wenn sie diesen wichtigsten Grundbaustein ihrer politischen Arbeit und Lebensgrundlage verlassen würde.“

Hugenbergs „Klein-Königler“ mittelt ebenfalls Morgenluft. Er behauptet, daß sein Herr und Meister ebenfalls nicht mit der Partie ist. Das Blatt schreibt: „Zweifellos gibt es in den Reihen des Zentrums Leute, die bereits an eine preussische Mehrheit der Reichstagsversammlung mit den Nationalsozialisten denken. Der Weg der Suche wäre mit der Auszahlung der

Deutschnationalen. Hoffentlich wäre das Spiel noch rasch. Auch würden die Zentrumswähler sich wohl auch das gefallen lassen.

Von der gleichen Sorge wie das Hugenberg-Organ ist die von der Scherer- und Schaffhäußer-Industrie subventionierte „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfüllt. Sie propagiert eine Rechtsregierung, an der Hugenberg und Genossen unter allen Umständen beteiligt sein müssen. „Es wäre“, so schreibt das Blatt, „ein glückliches Ereignis in der deutschen Geschichte, wenn die große Rechtskoalition verwirklicht werden könnte. Neben der alten Dammes der Fortschritt überflüssigen nationalen Erneuerungsbewegung, mit ihrem gemäßigten Ueberflutungs an Stam- und jugendlicher Begeisterungsfähigkeit, würden in ihr die bewährte politische Erfahrung der Deutschnationalen nationalen Partei und das Zentrum stehen. Die Deutschnationalen haben auch in den neuen Landtag einige Persönlichkeiten ersten Ranges entsandt, die selbst auf der linken Seite Berücksichtigung verdienen. Nichts spricht von staatspolitischen Standpunkte aus gegen den Verzicht einer solchen Mehrheitsbildung.“

Die Deutschnationalen „Deutsche Tageszeitung“ stellt öffentlich fest, daß die Rechte am Sonntag ihr Ziel nicht erreicht hat. Sie schreibt: „Eines ist als Parteiergebnis negativen Wertes: Die Freiwahl hat unter jedem Bedacht mit vorzeitigem Vorsehen verlaufen: Das Ziel der Rechten, dieses in weitestem Sinne genommen, 51 Prozent der Mandate im neuen Landtag zu erlangen, ist nicht erreicht.“

„Neben dem äußert sich auch das Organ der christlichen Gewerkschaften der „Deutsche“. Die Freiwahl sollte die „Entscheidung“ bringen. Die Entscheidung ist die, die die Rechten nicht um die Macht in Preußen, sondern auch um die Macht im Reich. Das war die Parole der Rechtsopposition, einschließlich der bürgerlichen Parteien rechts vom Zentrum. Und darum ging der

ganze Kampf, alles andere trat demgegenüber in den Hintergrund. Die Rechtsopposition hat dieses Ziel nicht erreicht: eine Mehrheit der Parteien rechts vom Zentrum. Allerdings ist ihr gelungen, die Grundidee der bisherigen preussischen Regierung, die Weimarer Koalition, zu beilegen.“

Das „Berliner Tageblatt“ ist ebenfalls der Meinung, daß es in dem Kampf um Freiwahl keine Sieger gibt: „Auch nicht bei den Feinden des Staates, die in diesem Kampf gegen, um in den fünf neu zu wählenden Landesparlamenten die Mehrheit zu erobern und von den Wählern aus das Reich zu stürzen. In einem einzigen Lande, dem Mecklenburg, in Anhalt, konnten nicht die Nationalsozialisten allein, sondern nur die vereinigten „nationale Opposition“, Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, eine knappe Mehrheit erringen. In den vier anderen Ländern wurde der Angriff abgelehnt. Nicht in Preußen, nicht in Hamburg, nicht in Bayern und nicht in Württemberg siegte die Rechte. Von der abgesehen, die sich zu erlangen ihr Kampfspiel war, trennt sie in Preußen die Minderheit von 11, in Bayern von 18, in Württemberg von 14, in Hamburg von 17 Mandaten. Der Damm, der die vereinigten „Entscheidung“ Hitler und seine getreue Gefolgschaft von der Alleinhererschaft trennt, hielt stand, und ihr Antritt auf die Wähler und über die Wähler auf das Reich ist abgelehnt. Das ist zweifellos das wichtigste politische Ergebnis der Wahl, an dem kein Gegenstand auf der Rechten etwas zu ändern vermag... Es wird nicht leicht sein, mit einem arbeitstauglichen Parlament zu arbeiten, und es ist wahrscheinlich, daß unter Aufsichtung des Parlaments regiert werden muß. Aber es ist kein Grund vorhanden, aus dem Ergebnis des 24. April falsche und gefährliche Konsequenzen zu ziehen. Zeit zu bleiben und den politischen Wagnis des größten deutschen Landes nicht preiszugeben, das ist die wichtigste und entscheidende Folgerung aus dem Wahltage.“

Betrachtungen über die Bayernwahl

Die Frage der Reichsbeteiligung

München, 25. April. (Eigenbericht.) Das Ergebnis der Bayernwahl war vom Landeswahlleiter bis Montagabend noch nicht endgültig festgestellt. Immerhin wird sich an der provisorisch errechneten Zusammenziehung des neuen Landtags kaum noch etwas ändern. Da bei der Sitzverteilung oft eine einzige Stimme den Ausschlag geben kann, lassen sich bisher noch keine sicheren Angaben über die gemäßigten Abgeordneten machen. So viel ist aber sicher, daß die große Mehrheit des neuen Landtags aus bisherigen Abgeordneten besteht. Nur bei den Nazis suchen entsprechend ihrer Steigerung von 10 auf 43 Mandate viele neue Leute in den Landtag ein. Es ist außerordentlich beachtlich, daß sich unter den 43 Mitgliedern dieser „Arbeiterpartei“-Fraktion nur ein einziger Handwerker befindet. Das Gros setzt sich zusammen aus 19 Beamten, darunter 7 Lehrern, ferner aus 8 Landwirten, 6 kaufmännischen Angestellten und 3 Ketzern.

Die große politische Frage dreht sich auch in Bayern um die Regierungsbildung. Den Ausschlag dazu hat, wie mit Sicherheit vorauszuversagen war, allein die Reichsbeteiligung zu sein. Dazu lieft ihm neben dem Reich, liegt noch nötig im Damm. Die parteipolitische Korrespondenz artet darüber folgendes: „Der Ausgang der Wahlen in Preußen erlaubt Bayern, auf die Sammlung aller seiner gefunden bayerischen Kräfte bedacht zu sein. Denn es können hier bald Seiten kommen, wo Deutschland Bayern und den ganzen Süden sehr notwendig brauchen wird, wenn kein Unglück in Deutschland und in Deutschland geschehen soll. Es kommt alles darauf an, daß in Bayern eine Regierung zustande kommt, die befähigt ist, sich auch mit dem Reich zu regieren, die sich aus dem Wesen und der unveränderten deutschen Aufgabe

dieses bayerischen Staates ergeben. Das Problem einer Mehrheitsbildung in Bayern unter Mitwirkung der Bayerischen Volkspartei hängt davon ab, ob und wie stark noch andere Parteien mitwirken werden. Sie ist befähigt, sich vorbehaltlos ohne andere Parteien mitwirken und absolut christlich und zuverlässig auf den Boden eines bayerischen Staatsprogramms zu stellen. Diese Richtung herbeizuführen, wird die nächste und erste Aufgabe sein, die in Bayern zu leisten ist. Wir denken dabei nicht an langatmige Koalitionsprogramme, sondern an die Herstellung einer gemeinsamen Vertrauensbasis für den Mann, der in Zukunft als verantwortlicher Regierungsmann die Geschicke unseres Bayernlandes lenken soll.“

Mit der letzten Bemerkung soll offenbar angedeutet werden, daß die Bayerische Volkspartei entschlossen ist, die Bildung der neuen Regierung nicht mehr dem bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Heß, sondern dem Parteivorsitzenden und jetzigen Leiter des Finanzministeriums Staatsrat Schäffer anzuvertrauen. Dr. Heß selbst hat während des Wahlkampfes wiederholt Andeutungen in der gleichen Richtung gemacht.

Am Gegenlag zu den zurückhaltenden Äußerungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz hält das führende Organ der Partei, der „Bayerische Kurier“, die Kampfsstellung gegen die Nazis aus nach der Wahl mit aller Schärfe fest. Das Blatt schreibt: „Das katholische Bayern hat sich eindeutig und klar gegen den Nationalsozialismus, gegen seine Weltanschauung und Legitimationsmethoden entschieden, und es hieß den Sinn der Wahlen verfehlen, wenn man andere Folgerungen aus dem Ergebnis ziehen wollte. Die Bayerische Volkspartei hat sich als der feste und unverwundliche Damm gegen die nationalsozialistische Springflut erwiesen und an dieser Mauer wird der hitlerische Reichsoberhauptmann sich brechen. Die Bayerische Volkspartei und das katholische organisierte Volk wird, wenn es sich selbst treu bleibt, mit der Hitlererei fertig werden.“

Die Wirkung im Ausland

Zündstift auf den französischen Wahlkampf

Paris, 25. April. (Eigenbericht.) Die Nationalsozialisten gewinnen in Preußen einen großen Vorsprung vor den anderen Parteien, aber keinen entscheidenden Sieg. Die Regierung Braun-Severing wird an der Macht bleiben — so lautet im allgemeinen das Urteil der Pariser Montagsgespräche. Nur einige Wähler der Rechten heben den Sieg Hitlers stärker hervor, um dadurch dem französischen Chauvinismus Stimmen zu werben.

Der „Welt Parisien“ schreibt: „Ohne Zweifel näherten die Nazis noch größere Hoffnungen. Sie träumten vielleicht davon, schon jetzt zusammen mit den Deutschnationalen die absolute Mehrheit im Landtag zu erhalten. Aber dennoch können sie die gestrigen Wahlen als einen neuen Triumph betrachten, denn alle anderen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, haben mehr oder minder schlechte Resultate erlitten.“

Das nationalifische „Journal“ erklärt: „Hitler ist noch nicht der Herr, aber nur sehr starkes und sehr gefährliche Koalitionen können ihn jetzt noch daran hindern, eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik zu spielen.“

Der sozialistische „Populaire“ führt aus: Unter den gegenwärtigen Umständen wird die Regierung Braun-Severing an der Macht bleiben. Das ist das Ergebnis, das man voraussehen konnte, und das allein zeigt für den Augenblick. Hitler hat Preußen nicht erobert. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Disziplin und ihre Energie den Angriff der Nazis abgewehrt. Auf diese Weise bleibt Deutschland vor einem Unglück bewahrt.

Der Berliner Korrespondent des „Rein“ telegraphiert: „Die Nazis, die seit Monaten auf Deutschland und in Preußen auf den Weg lauften, ist nicht bereit, wenn die Freiwahl bei der Lage nicht gefährt. Die deutsche öffentliche Meinung wird angesichts des Wahlergebnisses, das mindestens für den Augenblick die Bildung einer regierungsfähigen Koalition unmöglich macht, weiter in Erregung bleiben.“

Der „Tempo“ sagt zur Preußenwahl, der Wahltag in Preußen sei der schlechteste politische Tag, den Deutschland seit September 1930 erlebt habe.

„Augenscheinlich“, so schreibt das Blatt weiter, „hat das deutsche Volk seine Selbstkontrolle verloren. Es überläßt sich dem Zufall des Abenteurers. Man legt sich über den Reichstag ab, daß seine so gerühmte moralische Kraft, die aus Organisations- und Diszipliniertheit besteht, eine künstliche Sache war, die keine andere Stütze als einen übermächtigen Hochmut hatte. Diese moralische Kraft hat nicht die Niederlage der Finanz- und Wirtschaftskrisis überstanden. Alle Nationen haben die Pflicht daran zu denken, denn man muß sich fragen, welcher Wert unter diesen Umständen für den Wiederaufbau Europas und den allgemeinen Frieden Abkommen mit einem Deutschen haben können, das auf

die schiefe Ebene geraten ist und unter der doppelten Drohung des Nationalsozialismus und des Kommunismus nicht mehr fähig ist, sich eine stabile Regierung zu geben.“

„Widersprüche der Nazi-Propaganda“

Amsterdam, 25. April. (Eigenbericht.) Der Amsterdamer „L'Espresso“ schreibt zu dem Ergebnis der Preußenwahl, es sei zweifelhaft, ob es die günstigste Lösung wäre, die Nationalsozialisten im Hinblick auf die vielen Widersprüche in ihrer Propaganda politisch auszuscheiden, zumal bisher selbst der größte Freund dieser Bewegung in ihr kein politisches Genie habe entdecken können. Auf jeden Fall sei die Position der Regierung Brüning sehr geschwächt.

„Het Volk“ stellt fest, daß augenscheinlich bei den Wählermassen eine mehrdeutige Beziehung zu den Kommunisten zu den Faschisten stattgefunden habe. Die Zunahme sozialdemokratischer Stimmen in Zentren wie Berlin und Hamburg deuteten auf Anläufe zu einer Umwandlung, der jedoch für die Preußenwahl zu spät gekommen sei. Der Faschismus als Leitbild einer Regierungskastille würde sich sein eigenes Grab graben, da er keine Berprechungen nicht einlösen könne. Setzt dabei Brüning und Hitler das Wort.

„Keine umwälzenden Änderungen“

London, 25. April. (Eigenbericht.) Die durch den Ausgang der Preußenwahl in Deutschland geschaffene Lage beansprucht das Hauptinteresse der englischen Öffentlichkeit. Auf irgendwelche umwälzende Änderungen in der Art der Innen- oder Außenpolitik ist man hier jedoch nicht gefaßt. Am meisten diskutiert wird die Möglichkeit einer Koalition Hitlers mit dem Zentrum.

Der „Daily Herald“ würdigt in einem Beiratsstück die Verdienste der Regierung Braun und erwartet, daß in Ermangelung einer bestimmten Majorität Otto Braun noch längere Zeit am Ruder bleiben wird.

Eine Stimme aus New York

„New York Herald and Tribune“ verleiht, weite Kreise Deutschlands glauben, daß die nationalsozialistische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht habe; ihr Gewinn von 600 000 Stimmen gegenüber dem 18. März gebe auf Kosten der Deutschnationalen. Nationalsozialisten und Deutschnationalen seien zweifelhafte Verbündete, die nie erfolgreich zusammenarbeiten könnten. Zum Schluß wird erklärt: „Während es vorzuziehen wäre, die Hitler-Bewegung als abgeschlossen zu betrachten, werden die Parteien der Weimarer Koalition sicherlich die Ansicht vertreten und sie wegen ihrer psychologischen Wirkung auf Hitlers schwankende Gefolgschaft nicht möglicherweise verdrängen.“

Zum Ueberfall auf Otto Wels

Die Täter bleiben in Ostf. — Otto Wels betätigt. R. B. N., 25. April. (Eigenbericht.) Die nationalsozialistische Notwehr, die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend den Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels und den Reichspräsidenten Paul Hesse in der rheinischen Metzropole Aachen und in München, bleiben auf Anordnung des Untersuchungsrichters vorläufig inhaftiert in Ostf. Unter den Gefängnissen befindet sich auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Loh. Otto Wels muß auf Anordnung der Menge bis auf weiteres das Bett hüten.

Unerwartetes Echo
Das war Hugenbergs Forderung:

Nachtausgabe
Berliner illustrierte
Verlag
Zubehören haben wir auf diesen Tag gewartet:
Alles reichte heran an Hugenberg!
Lokal-Anzeiger
Wir wollen Euch nicht mehr!
Erobert Preußen!

Und so schallt es zurück:
1928: 82 deutschnationale Abgeordnete
1932: 31
Verlust Hugenbergs 51 Mandate!

Heute Kabinettsitzung

Die preussische Regierung berät. Das preussische Kabinett tritt am Dienstagmorgen, 11 Uhr, zu einer Kabinettsitzung zusammen, um über die durch den Wahlausgang gestaffelte Lage zu beraten.

Jubel bei den Faschisten

Rom, 25. April. (Eigenbericht.) Die faschistische Presse macht aus dem Ergebnis der Preußenwahl einen entscheidenden Sieg der Nationalsozialisten. Immerhin betonen die Berliner Korrespondenten der großen Blätter die entscheidende Tatsache, daß Hitler die Majorität in Preußen nicht erreichen konnte. Selbst mit den Deutschnationalen und den kleinen nationalifischen Gruppen sei die Mehrheit nicht zu erreichen gewesen. Einzelne Korrespondenten geben der Auffassung Ausdruck, daß die bisherige Regierungskoalition sich weigern werde, den Nationalsozialisten die Macht zu übergeben und das Kabinett Braun als gefahrbringende Regierung belassen werden würde, falls das Zentrum nicht nach rechts lagerte und eine sichere Majorität mit den Nationalsozialisten möglich mache.

Nazis als Brandstifter

R. B. N., 25. April. (Eigenbericht.) Am Montag ist in dem Dorft Jofford in Aachen das Jugendheim der Arbeiterwohlfahrt — eine große Baracke — bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das gleiche Inventar, wertvolle Bücher der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Touristenvereins Nazi-Freunde sowie andere Sachen, wurden ein Opfer der Flammen. Das Feuer brach auf Brandstiftung. Wahrscheinlich sind Nationalsozialisten die Brandstifter!

Kapitalflüchtling

Staatliche Polizeibeamte verhafteten an der schweizerischen Grenze den Mailänder Automobilfabrikant Capolla, als er im Automobil anderthalb Millionen Lire nach der Schweiz schmuggeln wollte. Das Geld wurde beschlagnahmt. Capolla handelte im Auftrag eines Kunden. Kapitalflucht wird in Italien mit mehreren Jahren Zuchthaus oder Verbannung bestraft.

Ruht in Flammen

Bei einem Großfeuer in der 500 Jahre alten Haford-Kirche in Liverpool (England-Südwesten) verbrannten Kirchensätze im Werte von etwa einer Million Mark.

Wechselfälscher

In Rattow wurde ein Holztaumann verhaftet, der durch Wechselgefälschungen mehrere Bantzen um etwa 700 000 Reichsmark geschädigt hat.

Mit dem Rückenstuhl...

Im Aachen (Schiffen) erlief der Fuhrwerksfabrikant Bogt ein Verbot vor den Augen ihrer drei Kinder mit einem Rückenstuhl Bogt war mit der Witwe, zu der er seit längerer Zeit enge Beziehungen unterhalten hatte, in Streit geraten.

Mord

In der italienischen Stadt Giardin erlief ein aufgeregter Bauer eine Schulterschere, weil sie seinem Sohn „wegen Nichtsnutzigkeit“ eine Tracht Prügel verordnet hatte.

Flugzeugabsturz

In der Nähe von Lissis stürzte ein großes russisches Bombenflugzeug ab. Die beiden Insassen verunglückten tödlich.



Halle ein zweites Koburg?

Das Landtagswahlergebnis in Auswirkung auf die Stadtpolitik.

Nach jeder allgemeinen Wahl erlauben sich die drei Nazis im hällischen Stadtparlament den Ehrer, einen Antrag auf Auflösung des Kollegiums einzubringen, das es nicht mehr der Volksmeinung entspricht. Jedenfalls, damit das auch diesmal nicht vergessen wird, erinnern die „Hällischen Nachrichten“ daran und rechnen den Nazis gleich vor, wie sehr sie ihrem Größenwahn freien Lauf lassen können.

Die sozialdemokratische Fraktion würde nach der aufgemachten Berechnung von 10 auf 8 Mandate zurückgehen. Das ist infolgedessen unrichtig, als die Partei bei der Kommunalwahl im November 1929 nur 9 Mandate erhielt und die Fraktion auf 10 Mitglieder erst am 6. März durch den Uebertritt eines kommunistischen Stadtratsmandats. Die kommunistische Fraktion würde von 15 auf 14 Mitglieder zurückgehen. Während das Zentrum seinen einen Sitz behielte, würden die Deutschnationalen von ihren 11 nur noch 6 Mandate retten können. Diese Feststellung ist immerhin von Interesse, daß dann gegenwärtig eine der kleinsten Parteien in der Periode des Herrn Schulrat a. D. Buße den Vorsteher des Stadtparlaments stellt. Während weiterhin auch Staatspartei und Volkspartei auf einen Mandat zurückgehen würden, sollten 27 Nazis in die Stadtratsversammlung einziehen und die Hallenser sich herrlichen Zeiten entgegenführen, wie sie das vom Vaterland beherrschte Koburg bereits auskostet.

Einfachheit wird sich der nationalsozialistische Statist schon damit abfinden müssen, daß es mit den 27 Mandaten nichts ist, und wenn in anderthalb Jahren die Stadtratsversammlung neu gewählt wird, wird die Zahl der Wähler, die am 24. April vom Stimmzettel befreit waren, ganz wesentlich zurückgegangen sein.

Warnung vor Nazi-Erheln!

Von der Pressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird uns geschrieben:

Nach eingehenden Beobachtungen und Feststellungen ist es gelungen, einige der Personen zu ermitteln, die die Nationalsozialisten mit „Material“ über das Reichsbanner und die Heine Front versorgt haben, das dann im „Kampf“ in tendenziöser Weise ausgewertet wurde. Der eine dieser Spione, Willy Walter, wohnt in Halle, Marktstraße 1, ist nunmehr auch beobachtet worden, wie er heimlich für die NSDAP Dienst getan hat. Walter war an den Parteiarbeiten auf der Heinefront bei der Fiktion-Rundgebung beteiligt, wie er auch während der Wahl als Wahlhelfer mit Straßbänke zu sehen war. Walter, wie auch der als Antraggeber benannte Richard Sandtag, sind aus unserer Organisation ausgeschlossen worden. Alle Republikaner werden vor ihnen gewarnt.

80 Prozent Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung am 24. April betrug in Halle 80 Prozent. Diese Differenz ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Zahl der Wahlberechtigten zuzüglich der in Halle ausgefallenen Stimmzettel (152 600 + 3135) mit der Anzahl der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen, also auch einschließlich der Stimmen, die auf Wahlzettel in Halle gemäht haben (124 659 gültige und 605 ungültige Stimmen). Der gleiche Prozentsatz ergibt sich für Halle, wenn man die ausgefallenen Wahlzettel und die Stimmen, die auf Wahlzettel in Halle gemäht haben, außer Betracht läßt, da sich diese Zahlen beim Landtagswahlgang für die Berechnung nahezu bedeu.

NSD-Metallarbeiter

Am Mittwoch, dem 27. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere nächste Fraktionsversammlung statt. Wichtige Angelegenheiten stehen zur Beratung: Reorganisation in der Verwaltung Halle, Stellungnahme zum Verbandstag und Aufstellung eines Kandidaten. Die Fraktionsleitung erwartet zahlreichem Besuch.

Stimmen zur Wahl

„Saale-Zeitung“, „Kampf“ und „Klassenkampf“ über das Wahlergebnis

Das Ergebnis der Landtagswahl hat in der hällischen Presse ungenügend ungetrübte Freude hinterlassen. „Saale-Zeitung“ und „Kampf“ sind in ihren Erwartungen enttäuscht worden, die bestimmt erwartete Rechtsmehrheit ist ihnen geblieben. Darüber hinaus berichtet dem illegalen Nazi-Blatt die konfessionale Niederlage noch besonderen Kummer. Der „Klassenkampf“ rettet sich über den eigenen Zusammenbruch wieder in die alte Hege gegen die Sozialdemokratische Partei hinein.

Die Enttäuschung der „Saale-Zeitung“ geht auch schon aus den farbigen Ueberchriften hervor. Immer wieder kommt der Leser zum Ausdruck, daß durch die Aenderung der Landtags-Gesetzgebungsordnung Nazis und Deutschnationalen der Weg zur Macht, wenigstens aus eigener Kraft, verperrt ist. Herr Dr. Eise nennt das in seinem Artikel einen „das Schicksal betrauernden Ueberblick“. Im übrigen operiert er viel mit alten möglichen Zukunftskombinationen und erklärt sich, die novemberrevolutionäre Entwicklung und die Novemberrevolution für beendet! Von den zwei Seelen, die — oh — in seiner Brust wohnen, ist die deutsche nationale besonders berührt. Er fühlt inständig, daß die Deutschnationalen abgewirtschaftet haben und bei der Entscheidung glatt übergegangen werden, denn nach der Mandatsverteilung liegt eine Koalition Zentrum — Nazis im Bereich der Möglichkeit. Ueber diese Möglichkeit schreibt er, daß eine Regierungsbildung aus Zentrum und Nationalsozialisten ohne Deutschnationale einen jähren Abbruch ins Antidönerliche bringen würde, die in der jetzigen Notzeit untragbar wäre.

Auf eine ferne Zukunft der „Saale-Zeitung“ ist hier noch kein Wort. In der hällischen Wahlberechnung wird nämlich bemerkt, daß die Sozialdemokratie „nur in geringem Maße zurückgegangen“ wäre, in Anbetracht der höheren Wählerzahl wäre aber der Verlust noch größer. Nun, Tatsache ist, daß die hällische NSD. mehrere hundert Stimmen zu denen vom September 1930 hinzugewinnen konnte.

Die Redaktoren des Nachrichten sind ganz aus dem Häuschen. Sie haben auf eine Nachrechnung des hällischen Abstimmungsergebnisses verzichtet (wahrscheinlich erscheint ihnen das Rechnen als unbedeutend) und behaupten, sie hätten mehr Stimmen als alle anderen Parteien zusammen. Das ist natürlich ausge-

Der kommunistische Bürgermeisterkandidat vor der Klassenfront

Wegen Vergehen gegen das Republikanengesetz hatte sich gestern der einzige kommunistische Bürgermeisterkandidat Steinmetz aus Diekau vor dem Schöffengericht Halle zu verantworten. In einer Vernehmung in Lppin Ende Januar dieses Jahres hatte er die Reichsflagge als „Mordschand“ geschmäht, jedoch will er diese Bezeichnung nur in Verbindung mit einem früher ergangenen Gerichtsurteil gemacht haben, was straflos ist. Auch soll er bezüglich des der jetzigen „schönen“ Republik gesprochen haben, die „schimmer sei als der frühere monarchistische (!) Staat. Als Zeugen waren drei Landjäger und ein Vernehmungsbeamter erschienen.

Den somit immer zur Schau gestellten Revolutionär hatte Steinmetz gestern zu Hause gelassen. Mit der anschließenden Wiener Zeit setzte er dem Gericht gegenüber mehrfach, daß ihm eine Berücksichtigung der Reichsflagge oder gar der Republik vollständig fernlegen habe. Und wer ihn in dieser ganz ergebenden Untertanenposition sah, der konnte ihm auch glauben. Nur der Staatsanwalt mißtraute ihm und beantragte zwei Monate Gefängnis. Aber das Gericht war auch nicht von der Ansicht überzeugt und sprach den Angeklagten desfalls frei.

Ob der „Klassenkampf“ das Urteil auch als „Massenurteil“ bezeichnen wird?

Volkshochschule Halle

Die Karten für die 38 Vorträge, Arbeitsgemeinschaften, Sonderveranstaltungen des am 20. April beginnenden Sommerkurses der Volkshochschule sind bereits seit einigen Tagen in allen Ver-

kaufstellen zu haben. Hier werden auch unentgeltlich ausfüllbare Arbeitspläne abgegeben. Singschulen wird auf die am Montag, dem 2. Mai, beginnende Reihe von vier Einzelvorträgen über „Berufsethische Beziehungen“. Es sprechen Dr. Gemlich über „Homöopathie“, Prof. Dr. Klein-Lang über „Naturheilverfahren“, Dr. Kiehmeyer über „Biodemie“ und der Direktor der Medizinischen Klinik Prof. Dr. Trugsch über „Schulmedizin und Seseffionen“.

Ein kleines Kaulpöden

Erinnerd es ist wahr, was der „Kampf“ in seiner geistigen Nummer unter der Ueberchrift „Ein kleines Kaulpöden“ in hällischer Rundart seinen Lesern erzählt, oder es ist ein kleines Kaulpöden, was er ihnen vorbringt. Da läßt er ausgerechnet einen „Zahnmann“, einer von hällischen Adel, sich entführen über das Bild von der Dittlerfundgebung auf der Heinefront, das wir in der vorigen Woche veröffentlichten.

Nun sei einer mal an! Die Kommunisten waren die ersten, die jede eigene Demonstration bei der Verdächtigstellung durch Anhängen von einer oder mehr Plakate nach außen hin wichtiger zu gestalten versuchten, während sie bei den Versammlungen der politischen Gegner, insbesondere die der Sozialdemokraten, zu verfeinern. Getreulich haben ihnen das die Nazis abgesehen. Es lag ihnen gar nichts daran, ihren Lesern die Unwahrheit zu sagen, wenn es galt, den Gegner zu schmähern und verächtlich zu machen.

Nun hat sich das „Vollblatt“ einmal einen Zehner erlaubt. Es hat das Ansehen eines Photographen, der zu ihm in seinen Bekleidungsstück und der Redaktion ein Bild anbot, angenommen und das Bild veröffentlicht. Und was die Danksprüche war, dieses Bild und noch ein zweites, das in unserem Schau-

Der Kenner verlangt nur- und das mit Recht: Höchste Qualität und volles Format!

Man muß es einmal offen sagen:

Es ist ein Trugschluß, zu glauben, daß Gutscheimer, Wertmarken oder Stickereien verschenkt werden können. Zugaben müssen einkalkuliert werden, darüber soll man sich im klaren sein.

Unsere gute JUNO

mit derartigen Zugaben zu versehen, lehnen wir daher im Interesse aller unserer Freunde ab.

Merseburg

(Schickstraße; Telefon Nr. 2554)

Wieber einer Abgeordneter. Stadtbürgermeister Stöbe (Volkspartei) hat sein Stadtbürgermeistermandat niedergelegt und ist gleichzeitig aus seiner Partei ausgeschieden.

Sonntagsfahrten. Am 1. Mai gibt die Reichsbahn Sonntagsfahrten nach Dessau, Magdeburg, Eisen und Jülich aus. Ab 4. Mai gelten diese Fahrten auch Mittwochs. Die Fahrten haben ab 12 Uhr mittags Gültigkeit.

Rechtsanwaltschaft. Am Sonntagmorgen erlitt der Gehilfenmeister auf der Landstraße Weidenfels-Merseburg mit seinem Kraftwagen einen Unglücksfall. Beim Nehmen einer scharfen Kur verlor er die Kontrolle über den Wagen, der sich überschlug und sich überfüllte. Die Insassen kamen mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon, doch wurde der Wagen schwer beschädigt.

Schleudits

Das Wahlresultat in Schleuditz

In Schleuditz war eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligung zu verzeichnen, und zwar von rund 98 Prozent. Gegenüber der letzten Reichstagswahl verlor die Sozialdemokratische Partei, worin einesteils die Erhaltung durch die Landwirte verantwortlich ist, andererseits eine erhebliche Zahl unserer Schleuditzer Wähler mit Stimmzetteln auswärts wählte. Die SPD, die hier wie überall mit den schärfsten Mitteln gegen uns vorging, verlor 184 Stimmen. Die Partei Adolf des Dichters erhielt insgesamt 2784 Stimmen, die sich jedoch nicht völlig aus Schleuditzer Wählern zusammensetzen, denn von den 445 Personen, die hier auf Grund eines Stimmzettels wählten, war offensichtlich der größte Teil Nazisten, denn sie wurden von dem Oberbürgermeister gleich truppeartig in die Wahllokale geführt. Vergleichbar man das Wahlergebnis mit dem der letzten Stadtbürgermeisterwahl, so ergibt sich, daß Sozialdemokraten, Kommunisten und SPD 4259 Stimmen wählten, alle übrigen Gruppen einschließlich der Nazis 8426, demnach die Linksparteien über ein Plus von 833 Stimmen verfügen. Daß die Schlagkraft der sozialistischen Arbeiterkraft ungedrosselt ist, wird der Aufmerksamkeit zur Klarheit zeigen.

Verleihen der Straße. Schiner zu Schaden kam der von hier gehörige Jurist H. in Lützenau. Er wollte mit dem Fahrrad nach Schleuditz fahren, um seine Eltern zu besuchen. In Lützenau fuhr er über die Straße, ohne hierbei zu beachten, daß hinter ihm ein Auto kam. Der Wagen erlitt H., dieser stürzte und blieb blutüberstrichen liegen. Er hatte schwere Verletzungen erlitten und wurde mit dem Arzt gebracht. Sein Fahrrad ging völlig in Trümmer.

Diebe im Schrebergarten
Seuna. Raun hat die Schreberpartei links und rechts des angelegten Rohfabrikweges von Seuna nach Merseburg angelegt, sind auch schon Diebe an der Arbeit. Ein Teil der Gartenbesitzer pflanzte am Montag und Dienstag voriger Woche Rohpflanzungen und mußten drei von diesen mit Schreben versehen, daß ihnen fast die gesamten Pflanzungen über Nacht gestohlen waren. Alle dort angelegten Gärten gehören Arbeitsschleuditz und viele unter ihnen sind lediglich auf Nachforschungsunterstützung angewiesen. Wie schwer es allen diesen Gartenbesitzern wurde, das Geld für Samen und Pflanzen aufzubringen, können sich auch die Diebe überlegen.

Kreis Querfurt

Wahlergebnis in Mülchen

(Eingekammerte Zahlen Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930) Sozialdemokraten 694 (694), Deutschnationalisten 580 (510), Zentrum 64 (66), Kommunisten 820 (1210), Volkspartei 84 (170), Volksrechtspartei 6 (7), Wirtschaftspartei 43 (231), Deutsches Landvolk 15 (25), Nationale Front deutscher Städte 8, Deutsche Staatspartei 93 (165), Nationalsozialisten 1014 (523), Landwirte, Bau- und Grundbesitzer 31, Großdeutsche Bünde Schmidt 6 (22), Christlich-Sozialer Volksdienst 28 (16), Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands 5, Politische Volkspartei 1. Während die Kommunisten um 400 Stimmen verloren und die Mittelparteien vollständig aufgegeben wurden, hat die Sozialdemokratie einen Stimmengewinn von 200 zu verzeichnen.

Steuersenkung in Mülchen

Durch Beschluß des Magistrats und mit Genehmigung des Bezirksausschusses hat die Realsteuerzufolge auf den Landesbesitzmittels erhöht worden und betragen die Zufolge künftig Grundvermögensteuer auf bebautem Grundbesitz 222,50 Prozent (200 Prozent), auf unbebautem Grundbesitz 215 Prozent (200 Prozent), Gemeindefortschrittsteuer 420 Prozent (400 Prozent), Gemeindefortschrittsteuer für Zweckbestimmungen 40 Prozent (40 Prozent), Gemeindefortschrittsteuer 250 Prozent (200 Prozent), Gemeindefortschrittsteuer für Zweckbestimmungen 1020 Prozent (960 Prozent).

Der Wahlkampf im Geiselthal

Es ist gleichsam ein symbolischer Name, den das Gebiet um das Seunauer, lang dahingestreckt zwischen Merseburg und Mülchen, trägt. Treisch wurde es vom Schicksal geschlagen und doch ist es gerade wieder dabei, sich erneut aufzurichten. Querschnitt wurde es vom Kapitalismus getroffen. Die hügelige Landschaft war reichhaltig genug, schimmernde Diamanten in ihrem Schoß zu bergen. Darum mußte

dieses Stück Erde vom Profit aufgewühlt werden. Logebauten legen das Mark der Erde bloß, Schächte dringen ins Innere, Schornsteine durchdringen den Himmel, Fabriken machen die weichen Linien der Landschaft edig und der Schutt türmt sich zu Bergen. Unheimlich zwischen alledem liegen die agrarischen Paradiese Zwingsburg und ebeden.

Aber mit der Erde wurden auch die Menschen aufgewühlt. Und wo immer die politische Schulung des Volkes Sprünge macht, wo die Wirtschaft vom bäuerlichen zum großindustriellen Betrieb springt, ohne organische Zwischenstufen, sind politische Bewegungen, welche Arbeiterbewegungen und politische Bandlungen Aufstehungsbewegungen. Darum konnten die Kommunisten den zweiten Schicksalsstoß gegen diese armen Menschen führen. In dem gerade den Jahren 1918 bis 1921 erstickten die „rote Schöpfung“. Aber ihr Kampf war nur Zerstückelung, ihre „Revolutionen“ erzeugten nur Niederlagen, sie erhoben die Kritik zum Prinzip und erfordern die Schimpfprozeß für die ihnen auf dem Fuße folgenden Sozialisten. Als sie zerstört hatten, was an Arbeiterbewegung dahingefahren war, verkrümelten sie sich. Und wie auf den Schuttbergen das Unkraut wächst und Abfälle hindern.

Sammeln sich auf den Trümmern der Arbeiterbewegung die Abfälle der Menschheit: die Faschisten.

Und beim nächsten Zufehen erndtet man in dem wuchernden

Der Wahlausgang im Merseburger Bezirk

Gute Erfolge trotz größten Terrors - Wahrheit vor unter Lebensgefahr möglich

Ein kurzer Rückblick soll die Entwicklung der Stimmzählungen und die Zusammenfassung der Wahlarbeit aufzeichnen. In den ländlichen Bezirken des Querfurter und GutsMuthsberger Kreises wurden mehrmals

unsere Wahlhelfer von größeren Nazigruppen überfallen und mit Haken, Spaten und Mistfäcken schwer bedrückt, der Landbesitzer wurde beschädigt, Parteifunktionäre von ihren Arbeitgebern entlassen und uns die Lokale für die öffentlichen Versammlungen entzogen.

Wegen solchen Terror hatten wir uns zu wehren. Trotzdem sich unsere Funktionäre, allen voran die Genossen der ländlichen Bezirke, glänzend schlugen.

Die Entwicklung der sozialdemokratischen Stimmzählungen ist folgende:

	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930	April 1932
Querfurt	4 765	6 341	7 288	6 726	7 215
Merseburg Kreis	7 909	8 763	12 087	11 497	11 414
Merseburg Stadt	1 948	2 662	3 813	3 878	3 831
	14 022	17 866	23 188	22 101	22 560

Zeit Anfang dieses Jahres bearbeiten wir außerdem den Kreis GutsMuthsberg. Dieser Kreis ist vollständig von den Nazis verfehlt und hat eine

Majorität von zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen.

Am gingen wir von 2200 auf 2010 zurück. Gerade in diesem Streik wurden unserer Arbeit die besten größten Schwierigkeiten bereitet. Trotzdem konnten wir in der letzten Zeit eine organisatorische Erfolge erzielen und uns behaupten.

Zur Preußenswahl wurden im ganzen Unterbezirk 132 öffentliche Versammlungen und Demonstrationen durchgeführt.

Kohlenstichtbach. Schwere Verletzungsfall. Der Arbeiter Engenber, der mit dem Fahrrad in eine Nebenstraße einbog, wurde von einem überholenden Motorradfahrer, der das Verkehrsrecht hatte, umgeworfen. Das Rad ging in Trümmer. Beide Fahrer stürzen heftig verletzt liegen. Bei E. wurde vom Arzt Schädels- und Rippenbruch festgestellt.

Saalkreis

Wahlhelfer. Die Nazimenge verhinderte eine Revision. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr sollte die Gemeindefolge von Zwanzigern einer öffentlichen unermittelten Revision unterzogen werden. Infolge der Nachschicht des Hausverwalters

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen

Wahlen. Als einziger Bruder der Kreistags- und Gemeindevorstellungen hat man des ärmsten die Wahlbewegung gemacht, wie gerade die jetzt durch den Arbeiterblock in der Spar- und Darlehenskasse nicht gerade im günstigen Licht stehenden Stiefel, die gegen die SPD-Werter und den Landrat von Bürgerlicher Seite erhoben, oft recht abnormen Beschuldigungen als wolle Kapitalverbrechen begünstigen verstanden. Als Herr Wenzel damals mit seinen 70 Punkten gegen den Landrat Stimmung zu machen suchte, auch von Sozial- und Arbeiterparteien (nicht allen möglich), nach Meinung der bürgerlichen Kreistagsfunktionäre u. U. recht gemachten Ausgaben des Landrats weitere, glaubte Herr Wenzel, selbst mit Herrn Stiefel, in einer Gemeindevorstellung von Verfehlung der Steuergebern der Kreisbeamten schamlos zu können.

Damals wurde dem Herrn von den SPD-Wertern nachgewiesen, daß er an den von seiner Fraktion beanstandeten 70 Punkten selbst mit Gewinn beteiligt war.

Voller Entrüstung verbrachte damals Herr Wenzel, Klage gegen diese SPD-Werter zu erheben; bisher hat man aber nichts davon gehört. Wer im Glashaus sitzt, soll eben nicht mit Steinen werfen. So mußte sich Herr Wenzel, der als ehemaliger Landrat ein ganz nettes Gesicht bezogen hatte, jetzt lassen, daß ihm die Herren Stiefel und Bauremeister Schopp als Vorstand noch so allerhand Gratifikationen zulegten. Geburts- und Wohnortsgeldchen an die Frau Wenzel, zu neue Bureinrichtungen, u. a. eine Weinstiftung malhine für 700 Mk. usw., mußten dazu herhalten, den Herrn Wenzel zu retten. In der nächsten Nacht wird es sich zeigen. Es soll hiermit nur festgestellt werden, in welsch struppellose Weise das nationalsozialistische Bürgerum einen Menschen, den es als Mittel zum Zweck gebraucht hat, im Dreck sitzen läßt, wenn es die eigene

faschistischen Unkraut gar viele Pflanzen, die ebendmalig - so man uns nicht - blühen. In diesem Fall sind jetzt die Männer der Ehemaligen Front gerade dabei, den kommunistisch-faschistischen Schutt wegzuräumen, damit eine neue Saat gedeihen kann. Es ist kein leichtes Werk, was sie begannen, immer sind sie undraut, aber so sehr der Nazistand erkrankt ist, so kommunistischen Treiben und faschistischen Verböhrerum; unbegrenzt in die Freude über die Hingabe der sozialdemokratischen Arbeiter an ihre Sache.

In dieses Stück Erde kam ich als junger Redner. Das ist meistens so: man kommt und fühlt sich ein wenig mißtraulich betrachtet. Wir alle haben noch die Eigenschaften, junge Leute und solche ohne Titel nicht ganz für voll zu nehmen. Die erste Aufgabe des Abend ist, dieses unangenehme Mißtrauen zu beseitigen. Wenn das gelingt, sind aber diese schlichten Menschen um so dankbarer. Biederigkeit und geradezu sind sie miteinander, doch hinter dieser rauhen Schale spürt man die Offenbarung und die Sehnsucht nach einem sinnvollerem Leben. Ob es in Trümpfen, Linsenlöcher, in Mühlstein oder Geisteslöcher oder sonst irgendwo war, immer ist mir das stärkste Erlebnis die Treue und Opferbereitschaft unserer Genossen gewesen.

Als dann in der Nacht vor der Wahl das Geiselthal mit seinen Schornsteinen und Galben hinter mir verlor, trug ich einen starken Glauben an unsere bürgerlichen sozialdemokratischen Freunde in mir heim. Darin bestärkten mich nur noch die in dieser Nacht in Halle herumlungenden Nationalsozialisten. Genugung gegen ihre Münze einzuweisen - wie jene es tun - ist aber ein untragliches Geschäft, aber was unendlich größer ist die auf einem Verloren des Sozialismus im Geiselthal ausbarrenden Sozialdemokraten.

Zur Reichspräsidentenwahl deren 71, so daß in einem Zeitraum von etwa zehn Wochen 203 öffentliche Versammlungen für 388 Orte abgehalten wurden. Rund 50 Redner waren im Unterbezirk während dieser Zeit tätig. Trotz des geringen Verfalls im Kreis GutsMuthsberg hat der Unterbezirk seit der Reichstagswahl 1930 einen Stimmengewinn zu verzeichnen, der selbst dem Kreis Querfurt zugute kommt. Neben dem Kreis Schweinitz mit 9,8 Prozent Stimmengewinn hat der Kreis Querfurt mit 7,5 Prozent Stimmengewinn zu verzeichnen.

größten Zuwachs im holländischen Bezirk zu verzeichnen. Dem folgen Mansfelder See- und Gebirgskreis mit zusammen etwa 5 Prozent Gewinn und Stadt Halle und Saalkreis mit zusammen etwa 2 1/2 Prozent Gewinn.

Den größten Verlust an Stimmen hat der Kreis Liebenwerda mit 13,2 Prozent, im folgen Sangerhausen mit 13 Prozent Verlust und Zörbig mit 9,5 Prozent Verlust, dann folgt mit etwa 8 Prozent Verlust der Unterbezirk Zeitz-Weißenfels. Gerade in dem letzteren Bezirk der

Verlust auf die Parteilassung durch die SAH zurückzuführen sein.

Einen geringen Verlust von 1,5 bis 2 Prozent an Stimmen haben noch die Unterbezirke Bitterfeld und Zeitzgau zu verzeichnen.

Alles in allem, der Bezirk Halle-Merseburg hat sich gut gehalten und in ihm mit besonderer Prägnanz der Unterbezirk Merseburg. Allen unseren Parteifunktionären für die glänzende und schließliche Arbeit zu danken, ist uns sehr schmerzhaft.

Der Unterbezirksvorstand:
J. A. Paul Kamp.

und des guten Funktionären der Armanlage mußten aber die Herren Zupfben - denn um solche handelte es sich bei den „Menschen“ - ohne größere Erfolge erzielt zu haben, wieder abziehen.

Zeitz. Wie vor der Wahl geschiedlich wurde. Zwei Tage vor der Wahl berichtete die „Zeitz-Zeitung“ von einem Streit in der Arbeiterschaft, bei dem ein dortiger Einwohner Heinecke, der seinen Wohnort Zeitz angehört, seinen Wohnort Zeitz niedergelassen habe. Wie uns dazu von Zeitz, der in Zeitz für die Sozialdemokratischen Partei angehört, mitgeteilt wird, liegt die Schuld an dem Zwischenfall auf Seiten des Zeitzers. Er, Heinecke, habe pflichtgemäß der Redebeurteilung Kenntnis gegeben, daß Heinecke seinen Vater bei der Befreiung seines Afters mit Hilfe und trocknen von der Gemeinde Zeitz bestreut, bestreut, bestreut. Daraufhin habe Heinecke absichtlich Hand mit ihm geschlagen.

Kreis Desslitzsch

Eilenburg
Nazis suchen Streit mit Reichsbanner
Im Zusammenhang kam es zwischen Nationalsozialisten und Reichsbanner zu einer Anzeigepole, bei denen die Nazis die Urheber waren, indem sie Reichsbanneramerikaden vor deren Heimlokal anpöbelten und mit der Staatskurse drohten. Als die Reichsbanneramerikaden sich diese Anpöbelung verbat, wurden die Nazijünglinge handgreiflich. Daß bei diesem Streit sich keine schwereren Folgen ergaben, ist nur den Führern des Reichsbanners zu verdanken, welche die Reichsbanneramerikaden zurückhielten. Um so toller rannten die Nazis nach der Polizeimache und beschuldigten das Reichsbanner. Als Zeugen stellten diese Hitzeljünglinge einen neun-jährigen Jungen. - Acht nationalsozialistisch.

Kreis Desslitzsch

Eilenburg
Nazis suchen Streit mit Reichsbanner
Im Zusammenhang kam es zwischen Nationalsozialisten und Reichsbanner zu einer Anzeigepole, bei denen die Nazis die Urheber waren, indem sie Reichsbanneramerikaden vor deren Heimlokal anpöbelten und mit der Staatskurse drohten. Als die Reichsbanneramerikaden sich diese Anpöbelung verbat, wurden die Nazijünglinge handgreiflich. Daß bei diesem Streit sich keine schwereren Folgen ergaben, ist nur den Führern des Reichsbanners zu verdanken, welche die Reichsbanneramerikaden zurückhielten. Um so toller rannten die Nazis nach der Polizeimache und beschuldigten das Reichsbanner. Als Zeugen stellten diese Hitzeljünglinge einen neun-jährigen Jungen. - Acht nationalsozialistisch.

Geschichtsbilder

Am 27. Dezember v. J. hatte der Arbeiter Wilhelm H. aus Zeitz bei dem Fortbau Barthe Arbeiterhof im Werte von 220 Mark entwendet und hatte dafür einen Strafbescheid über 20 Mk. erhalten. Er erhob Einspruch mit dem Erfolg, daß die Höhe des Strafbescheides auf 10 Mk. ermäßigt wurde.

Wegen Betruges hatte sich der frühere Landwirt Max H. und dessen Frau Rosa zu verantworten. Frau H. betrieb früher ein Lebensmittellgeschäft. Mit ihrem Mann zusammen bestellte sie bei einem Großhändler für etwa 200 Mk. Fleischwaren, die natürlich bis heute noch nicht bezahlt sind. Der Fleischhändler Richard B. hatte hierüber eine günstige Auskunft über H. gegeben. Nach Ansicht des Gerichts war aber die Auskunft falsch und B. hatte sich ebenfalls wegen Betruges zu verantworten. Der Gemann Max H. erhielt eine hohe Geldstrafe, die Ehefrau Rosa D. in Höhe von 200 Mk. Geldstrafe.

Der Fuhrerhändler Fritz W. hatte im Februar und März d. J. Waren bezogen. Ohne daß sie sein Eigentum waren, hat er diese Waren verkauft und das Geld für sich im Geschäft verwendet. In seiner Verteidigung führte er an, daß er auf Rechenberechnungen eine neue Menge Geld ansetzen habe, aber nicht befähigt war. Wegen Unterschlagung wurde W. zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Mansfelderkreise

Ein neuerer Rechtskreis
Unterstützung, den 26. April.
Das Reichsgericht fällt jetzt eine für die Gemeinde Unter-
eulenthal sehr kostspielige Entscheidung. Es handelte sich

Die Preußenwahl in Mansfeld

Die unerschütterliche SPD-Mauer - Niedergang der KPD - Rechtsbürgerlicher Verlust im Gebirgskreis - Die Vermichtung der bürgerlichen Mitte

R. K. — Bei der Preußenwahl konnte die Sozialdemokratie in den beiden Mansfelder Landkreisen und im Stadtkreis Giesebien über insgesamt 20 450 Stimmen

erlangen. Die Aufwärtstendenz, die bei der letzten Reichstagswahl unterbrochen worden war, hat damit ihren Fortgang genommen. Im Mansfelder Unterbezirk erhielt die Partei:

Reichstagswahl Mai 1924 . . . 12 698 Stimmen
Reichstagswahl Dezember 1924 . . . 16 688 „
Reichstagswahl Mai 1928 . . . 21 412 „
Landtagswahl Mai 1928 . . . 21 365 „
Reichstagswahl September 1930 . . . 19 697 „

Diese Stimmenerwartung veranschaulicht die Stabilität des sozialdemokratischen Einflusses und seine stetige Ausweitung. Es ist der Partei im Laufe der Jahre gelungen, ihre überaus guten Wählerbindung zu verfestigen, der keinen konjunkturellen Erschütterungen ausgesetzt ist. Die Partei hat somit auch in den Mansfelder Landen ein solides Fundament gebaut, das für spätere Wählerkämpfe die notwendige Voraussetzung liefert.

Die drei Kreise zeigen folgendes Entwicklungsbild der SPD-Stimmen:

Reichstagswahl	Giesebien	Seefreis	Gebirgs-
Reichstagswahl Mai 1924	1317	3044	5457
Reichstagswahl Dezember 1924	1766	7546	7386
Reichstagswahl Mai 1928	2588	8884	9985
Landtagswahl Mai 1928	2511	8034	9620
Reichstagswahl September 1930	2373	8633	8689
Landtagswahl April 1932	2349	9202	8299

Im Mansfelder Gesamtresultat bleibt die Partei mit 915 Stimmen hinter der Stimmzahl zur Landtagswahl Mai 1928 zurück, während sie das letzte Reichstagswahlergebnis verbessern konnte. Eine Ausnahme macht der Seefreis, wo die Partei um etwa 300 Stimmen die Stimmzahl der vorigen Landtagswahl steigerte.

Die Leitung der **Mansfelder KPD** hatte sich im „Rassensumpf“ jagiert, daß die Voraussetzungen für einen großen kommunistischen Aufschwung in Mansfeld günstig seien. Bis in die letzten Tage hinein erhielt Mansfeld das Referat vieler Spalten im „Rassensumpf“, wo nach allen Regeln kommunistischer Verlogenheit die Belegschaft der Mansfelder Bergwerke Gemeinheits- und Sozialdemokratie aufgeschüttelt wurde. Die Schrift leitete, lieferte der Belegschaft der KPD, tatsächlich günstige Voraussetzungen in Form der fortgeschrittenen Verarmung der Mansfelder Arbeiter durch die Rente von Kohlenpreisen. Nur schätzte sich die KPD-Setzung gründlich inoffen, als die Mansfelder Arbeiter nicht in einem Kampfe gegen die Gemeinheits- und Sozialdemokratie mit den Gemeinheits- und Sozialdemokraten eine Verbesserung ihrer Lebenslage erstreben wollten. Die Betrachtung der Einzelresultate wird erkennbar machen, daß die kommunistischen Stimmenerwartungen in den Wohnstätten der Mansfelder-Belegschaft am höchsten sind, teilweise sogar über alle Erwartungen hinaus katastrophal (Gießfeld, Größeren, Burgoren u. a.).

Im Gebirgskreis bleibt die KPD mit 6373 Stimmen unter allen Wahlkreisen jenseit der Elbe. Zur Anfang ist vorwärts zu sagen eingestiegen. Sie hat im Vergleich zur Reichstagswahl 2000 Stimmen verloren, das sind 25 Prozent der Stimmzahl. Um 450 Stimmen unterläuft sie sogar ihre Stimmzahl der Landtagswahl vom Mai 1928. Keinesfalls ist das kommunistische Stimmvermögen des Seefreies. Auch hier ein fortgesetzter Rückgang. Im Seefreis ist das Minimum im Vergleich zur Reichstagswahl 1250 und im Vergleich zur Landtagswahl 1928 sogar 1820 Stimmen. Innerhalb dieses Rahmens hält sich auch Giesebien, wo die Kommunisten sowohl hinter ihren letzten Reichstags- als Landtagswahlstimmen zurückblieben. Die großstädtige Demagogie des Herrn Pauli hat der KPD nichts genutzt. Der nächste Reichstagswahl ist wieder fällig geworden. Das Mansfelder Gesamtresultat zeigt die KPD, nur noch mit einem ganz knappen Vorsprung von 888 Stimmen vor der SPD. Im Septem-

ber 1930 betrug ihr Vorkurs 5213 Stimmen. Es bedarf noch einer letzten sozialdemokratischen Anstrengung, um auch in Mansfeld die KPD zu überflügeln. Das beliebte „Rassensumpf“-Parabellagerort von „Revolutionären Mansfeld“ — verweist sich; im kommunistischen Propagandea — ist seit dem 24. April eine Scherzschicht.

Die Nationalsozialisten haben bei Einbeziehung der mit ihnen verbundenen Listen 36 350 Stimmen im Mansfelder Bezirk erhalten. Sie haben also 15 000 Stimmen mehr erbehalten als im September 1930. Rund 14 000 Stimmen sind Siegespunkte aus dem rechtsbürgerlichen Lager. Die Summe aller Parteien rechts vom Zentrum hatte bei der Reichstagswahl 25 844 Stimmen und mußte sich jetzt mit 11 348 Stimmen bescheiden. In einer großen Zahl von Orten geht der rechtsbürgerliche Verlust haargenau in den nationalsozialistischen Gewinn auf. Der zugehörige Gewinn von 1000 Stimmen stammt aus dem kommunistischen Lager, wie noch zu beweisen werden soll. Die „sozialistische kommunistische Sphäre“ mündet in Streikbewegungen für den Faschismus. Eindeutig kann die verbrecherische Rolle der KPD nicht offenbart werden. (Es wird sich die Notwendigkeit ergeben, in allen Mansfelder Organisationen der Sozialdemokratie aus dieser Ursache die Schließung zu geben.) Während in Giesebien und im Seefreis Nationalsozialisten und rechtsbürgerliche Parteien zusammen eine geringe Steigerung ihrer Gesamtstimmen erzielen konnten, ist im Gebirgskreis ihr gemeinsamer Stimmeneinbruch gesunken.

Die Vermichtung der bürgerlichen Mitte ist so umfangreich, daß viele Parteien in Mansfeld künftig als politische Faktoren nicht mehr in Rechnung gestellt werden können. Die Volkspartei verlor drei Viertel ihres Bestandes von September und ist mit 1600 Stimmen in allen drei Mansfelder Kreisen nur noch eine multipolige Stützlinie. Herr Dingeldey hat das Kommando fast vollkommen, das Vermächtnis des Staatsmannes Erdmann mit einer überaus reichhaltigen Tätigkeit zu vermindern. Am 1. April ist die parteiliche Wahlmännerkonferenz für den ganzen Kreis abgehalten worden. Mehr als 3500 Stimmen konnten vor dem Parteitag dahin. Das Land ob und unterhalb von seinen 3700 Septemberstimmen nur 800. Die Christlich-Sozialen büßen 700 Stimmen ein und räumten mit ihrem kümmerlichen Rest von 250 Stimmen in die hinterste Linie.

Die Vermichtung der bürgerlichen Mitte, die drastisch erweist, daß das deutsche Bürgerum unter Politik einseitige Aufregung versteht, hat auch die Staatspartei in den Verdrängungsprozess einbezogen. Mansfeld war bisher im Werberlager Wahlkreis eine landesparteiliche Domäne. 2376 Stimmen hielt sie noch im September 1930. Ihr Rest beträgt 933 Stimmen. Die Mansfelder Staatspartei, unter denen ist sich hier und da heraus demokratisch und fortschrittlich geführte Elemente befinden, werden sich ernsthaft fragen müssen, ob die weitere Pflege dieses hoffnungslosen Objektes eine einzige Fingerkühlung lohnt oder ob die Stärkung der sozialdemokratischen Mauer nicht zwingende republikanische Pflicht ist.

Zentrum und Deutschnationale zeigen im Mansfelder Gesamtresultat kleinere Gewinne. Ein kleiner Teil der staatsbeherrschten Wählerwähler vom 10. April ist in die deutschlandische Parteikonferenz eingetreten, während der weitaus größere Teil sich ans Parteizentrum löste.

Am Abschluß dieser ersten Abhandlung sei gebührend bemerkt, daß die Mansfelder Sozialistische Arbeiter-Partei in allen drei Kreisen die enorme Zahl von 130 Stimmen erzielte, das sind 0,6 Prozent der SPD-Stimmen. In Giesebien als Mansfelder Zentrum „siegt“ die ZAP mit vollen 19 Stimmen. Der eifrige Giesebier Berichtsersteller der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ hatte sich vor Wochen auf den Volksstuhl gesetzt und orakelt: „Im höchsten Bezirk geht das Mansfelder Land mit zu den besten Stützpunkten der SPD, jedoch wird der einströmende Wandstamm nicht anderen Begleiterscheinungen eine für die SPD schmerzliche Korrektur vornehmen. Wir möchten glauben, daß der Schmerz der Korrektur“ ganz auf Seiten der Strategen ist. Die Mansfelder Arbeiter haben die ZAP-Splitterler wie ein solches Insekt abgeschüttelt.

um Gehaltsnachzahlung für den früheren Gemeindevorsteher von Unterreitersdorf, 2. Oktober. Dohler war zu einer Zeit gemäßigt worden, in der die Gemeindevorstellung als vom Staatsministerium angelehnt galt. Allerdings war der Aufstellungsbescheid vom Landratsamt wider, also nach dem Willen des Landratsamt. Das Reichsgericht als Schlichtungsinstanz dieses schon fast sieben Jahre währenden Prozesses stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kläger in einer gültigen Sitzung zum Gemeindevorsteher gewählt und damit in Erfüllung seiner Gemeindevorsteher geworden ist. Dohler war auf zwei Jahren befristet in die Gemeinde wurde zum Gehaltsnachzahlung beurteilt, außerdem zur Erstattung der Kosten. Sie hat insgesamt 46 000 Mark zu zahlen.

Kreis Wittenberg

Nochmal Bürgermeistereiwahl
Eol Rerrat geübt werden?
Jahna, den 26. April.
Zum dritten Male Bürgermeistereiwahl. Vom Stadtobersten vortreter hat nachdrücklich ein beim Wahlbegegnung Formschreiber festgestellt worden. Einige rechtslebende Stadtoberste sind einzeln bemüht, einen Stadtobersten der Linken für sich zu gewinnen und so eine Rechtsmehrheit herzustellen. Wir glauben allerdings nicht, daß ein Arbeiter einen so lächerlichen Verrat an der Arbeiterklasse begehen wird. Daß die gegenwärtige Zeit mit unruhigen Veränderungen gegen die Einkammandanten agitiert, wird hier der Einmüdigkeit genügend bekannt sein.

Kreis Jorgau

Jorgau (Stadt)
45 000 Mark. Polizeifolienzahlung für Jorgau. Die Stadt Jorgau erhält für das Rechnungsjahr 1932/33 Polizeifolienzahlung in Höhe von 45 000 Mark, was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 15 000 Mark bedeutet. Die abgelehnten Annahmen, daß der Zuschuß gestrichelt werden würde, haben sich demnach nicht bestätigt.

Annaburg. Unterabfertigung verlegt. Die hiesige Reichsbahnunterabfertigung ist wegen gewissen Gründen ausgelegt. Die gesamte Abfertigung der Eil- und Frachttiere erfolgt nur noch in den Räumen des Fernverkehrs. Die Frachttiere für aufzustehende Güter sind deshalb am Frachttierverkehr vor Anfertigung vorzuliegen und durch ihn für die Frachttiere einzuführen. Die Unterabfertigung ist durch Fernsprecher Nr. 307 zu erreichen.

Dommitzsch. Demagogen sind angefallen wurde die im Jorgauer Büchsenhändler wohnhafte Frau Engelmann. Sie hatte

Abseil Naziterror

Miniaturren aus dem Woblfamyl
Auf Woblfamyltation freud und quer durch die Woblfamyltation Gegenstand kann man „etwas erleben“. In einem Dorfe bei Eilenburg über die nicht neben dem Verlammlungsraum eine Woblfamyltation. Als unser Referent das Schlichtungstiel, spielte sie das Fort-Woblfamyltation.

Ein Gastwirt im Kreis Delitzsch hatte die Decke im Verlammlungsraum während einer sozialdemokratischen Versammlung runderum mit Latenzfreigeistern beklebt.

Sehr viel Bezugsgegenstände bereiten in den Woblfamyltationen die überall aufgestellten Glücksspielautomaten. Oft kam es vor, daß mitten im Referat irgendeiner an so ein Instrument herangegangen und da erst einmal unter dem üblichen Geräusch sein Glück verlor.

In einem Dorfe hinter Eilenburg umlagerten die Nazis in protuberanter Weise unseren Redner. Einer brachte ihm sogar ein Glas Wasser mit den Worten: „Hier, du hast ja Angst!“ Glücklicherweise hatte unser Referent eine besondere Geduld.

Die merkwürdigsten Anzeichen werden haimischen vorgebracht. In Eilenburg besperrte sich ein Verlammlungsbegehler, daß der Holzarbeiterverband von ihm verlangt hätte, zugunsten einer Begehung der Belegschaft zu streiken. Er hätte als Lehrlinge „auch nichts bekommen“!

Als einer unserer Referenten in Gersdorf (Kreis Sangerhausen) beim Amtsbüro hief sich nach einem dortigen Gewessen erkundigte, sagte die Frau des Polizeiverwalters: „Ach der, der ist bei den Roten!“

In dem gleichen Orte passierte es mehrfach während der SPD-Verlammlung, daß die jungen Hitler-Anhänger von draußen die Fenster öffneten und „Heil Hitler!“ ausriefen. In Döberitz (Kreis Delitzsch) stellte sich bei der Abfahrt des Referenten ein Trupp Jungstahlhelfer am Tor auf und brüllte: „Heil!“

Autos darf man auf dem Lande während der Verlammlung auf keinen Fall ohne Aufsicht lassen. In Krippen an dem Delitzscher Kreis erleben wir, daß der Hof der Gastwirtschaft liegende Wagen über und über mit Latenzfreigeistern beklebt „geschmückt“ worden war.

Trotz aller Verbeugung der Landbewohner darf man aber doch hoffen, daß auch in den Dörfern der zur Zeit noch fanatischsten Parteigänger Hitlers die Vernunft wieder einziehen wird, wenn erst einmal die Enttäuschung über die nicht eingelebten Versprechungen um sich greift. Daß selbst an sich überfallige Leute schon mit der Möglichkeit der Nichterfüllung Hitlerischer Versprechungen zu rechnen beginnen, beweist jener schlagende Ausdruck eines Bauern aus dem Eilenburger Gegend: „Ich möchte jetzt noch mal Hitler. Wenn der 's aber in fünf Jahren nicht besser gemacht hat, dann machen wir 'ne Revolution!“ Dabei hat sich Adolf selbst schon sehr Jahre Frist gegeben!

am Abend die Gaslampe nicht ordentlich ausgebräut. Die Nachbarn merkten den Gasgeruch, schlugen ein Feuer ein und brangen in die Wohnung. Sie fanden die Frau demütig auf ihrem Lager. Nachdem vom hinzugekommenen Arzt für frische Luft georgt wurde, kam die Frau von selbst wieder zu sich.

Kreis Liebenwerda

Freispruch wegen Autounfall
Vob Liebenwerda. Vor dem Schöffengericht Eilenburger wurde gegen den Fleischermeister Wilhelm Jenschich von hier wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung verhandelt. Es handelt sich um den von uns letztens berichteten Autounfall am Abend des 15. Februar auf der Straße Kniffen-Dob Liebenwerda, bei dem der Landrat getötet wurde. Die Angeklagte, seine Frau, wurde freigesprochen. Die Angeklagte wurde freigesprochen, seine Frau wurde freigesprochen. Die Angeklagte wurde freigesprochen, seine Frau wurde freigesprochen.

Grünwald. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Grünwald. Durch den am Sonntag nachmittag eingetretenen starken Gewitterregen war ein Weis der Erdenfeste der Röhre-Grube untergraben. Kurz nach Mitternacht am Montagmorgen stürzte eine Brauemaschine, welche die Maschine mehrmals überführt. Von der Behebung respektive Mitfahrern wurde der Heizer schwer verletzt. Die übrigen drei kamen mit leichten Verletzungen davon.

Grünwald. Das Ergebnis der Landtagswahl in Grünwald hat die Stellung der Parteien in unserer Gemeinde wenig geändert. Das hervorhebende Merkmal ist, daß die Nazis sich aus den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten rekrutierten. Die SPD hat gegenüber der Reichstagswahl von 1930 18 Stimmen gewonnen. Die Kommunisten haben 106 Stimmen verloren, wovon sie etwa 100 Stimmen an die Nazis abgeben haben. Die Landtagspartei behielt von ihren 110 Stimmen noch 39. Der Rest verteilte sich auf 42 Stimmen an der Deutschlandnationalen Volkspartei und 39 für die Nazis. Die Deutsche Volkspartei gab 20 Stimmen, die Wirtschaftspartei 38 und die Spitzentruppen insgesamt noch 10 Stimmen an die Nazis ab. Grünwald hat nach wie vor drei Drittel der Stimmen auf die Listen der SPD und KPD vereinigt.

Kreis Sangerhausen

„Doktor Bühnlein“
Ein Drama, dessen Autor nicht den Beifall seines Feldes fand.

Mit einem eigenartigen Beleidigungsprozeß hatte sich das hochhauer Große Zögnergericht zu befassen. Angeklagt war der Landrat von Sangerhausen und Giesel, früher in Döberlingen, jetzt in Wittenberg wohnhaft. Der Angeklagte hatte ein Drama „Doktor Bühnlein“ verfaßt, das in „Döberlingen“ spielte. In diesem Drama Bühnlein ließ sich der in Döberlingen amtierende Pastor Bühnlein treffen. Die Titelgestalt dieses fünfaktigen Dramas spielte eine tragische Rolle. Der Verfasser, der in dem Drama als Professor Dr. Hofmann figurierte, wollte sich an Pastor Bühnlein erlassen. Er ist sehr feindselig gegen ihn. Diese Feindschaft entstand als Pastor Bühnlein sich weigerte, die durch Freitod geendete Mutter des Angeklagten feindselig zu beerdigen; aber auch noch andere Gründe hatten die beiden Männer verfeindet. Hund-Geldel hat mit dem ganzen Doh gegen Pastor Bühnlein in dem Drama entworfen. Pastor Bühnlein erlitt eine Anleihe, und bald darauf wurde das Drama, das in Döberlingen in Döberlingen und umgibt starke Verbreitung gefunden hatte, von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten, welchem Antrag sich das Gericht angeschlossen.

Die Höhe der Strafe muß überlassen. Welche Strafen dann die beiden Angeklagten verbüßen, die in der ersten Reihe Richter und Beamte beleidigten und verurteilten und meistens

